



revista

linke Zeitung für Politik und Kultur aus Celle

-Stadtwerke werden an Avacon verkauft

-Freiheit für Mumia Abu-Jamal

-Rot-Grüner Waffenexport in die Türkei

-Lokales-Meldungen-Provinzielles

Inhalt:

Stadtwerke werden an Avacon verkauft.....	3
Diskussionsveranstaltung zu Rechtsextremismus und rechtsradikaler Gewalt am 28.10. in Eschede	4
Freiheit für Mumia Abu-Jama.....	5
Lokales / Meldungen.....	6
Celler Alltag im Faschismus Teil 5.....	10
Buchvorstellung: "Es war ein harter Kampf um meine Erinnerung".....	11
PDS KV Celle: "Wir sagen Nein!".....	12
Pressemitteilung zur Aktion gegen Abschiebung am Flughafen Langenhagen.....	12
Presseerklärung des Braunschweiger Bündnisses gegen Rechts: NPD-Aufmarsch verboten.....	12
Rechte morden im Musterlände....	13
Schlaflos in Seattle Fight the power!.....	14
Freilassung der letzten RAF-Häftlinge gefordert.....	17
Töten auf Probe? Rot-grüner Kriegswaffenexport in die Türkei.....	18
Termine.....	19

Liebe Liebenden,

ein wenig verspätet erscheint sie nun endlich, die zweite Ausgabe der Revista. Leider ist sie etwas dünner als geplant geworden. Aber für den Preis....

Nachdem wir vor der ersten Ausgabe doch unsere Zweifel hatten, ob die Zeitung noch eine LeserInnenenschaft findet, sind wir in dieser Hinsicht positiv überrascht worden. Nicht nur, daß die gesamte Auflage vergriffen ist, auch die Reaktionen auf die Zeitung uns gegenüber waren meist positiv. Auch wenn es noch Lücken gibt; so mangelt es uns beispielsweise noch an AutorInnen, die sich zum Thema Ökologie/Umweltschutz äußern. Dummerweise fehlt dieser Ausgabe das Interview, es ist aufgrund technischer Schwierigkeiten leider vom Diktiergerät nicht mehr abzuhören (wir werden aber versuchen es nach zu servieren) Leider ist unsere Finanzierung noch kein Stück sicherer, als es bei der ersten Ausgabe der Fall war (trotzdem ein dickes Dankeschön an die diejenigen von Euch, die uns durch Spenden und Werbungen unterstützt haben). Deshalb werden wir mit vielen helfenden Händen eine REVISTA Soli-Party machen, in der Hoffnung, somit die nächsten Ausgaben überbrücken zu können. Was bietet sich mehr an, als eine Milleniumsparty? Also sammelt Eure letzten Märker ein und bringt sie alle am 31.12. ins Bunte Haus.

Die nächste Ausgabe wird im Februar erscheinen, also bis denne Eure Marion.

Nach Diktat verweist....

Impressum:

Revista, Nr. 02, Dezember 1999 / Januar 2000

Erscheinungsweise: alle 2 Monate

liegt kostenlos aus in div. Kneipen und Läden
kann gegen Portokosten (5 Stück für 10,-DM) auch
gerne abonniert werden

Postanschrift: Revista,
c/o Bunttes Haus, Hannoversche Str. 30F, 29221 Celle

Email: Revista@gmx.de

V i S d P - Marion Dettmer

Konto: SK1, Sparkasse Celle, BLZ 257 500 01,

K-Nr.: 108 099 698, Stichwort "Revista"

Beiträge, die mit Gruppennamen oder Personenkürzel gekennzeichnet sind, geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder!

Stadtwerke werden an Avacon verkauft

Keine Chance auf dem deregulierten Energiemarkt!?

Wenn sie die "gelbe Gefahr" an die Wand malten, dachten deutsche Politiker bisher an anderes. Doch dass wir uns Strom jetzt "gelb / Yello" vorstellen sollen, hat Celler KommunalpolitikerInnen den Angstschweiß auf die Stirn getrieben. Anders ist der überraschende und fast einvernehmliche Verkauf der Celler Stadtwerke an den großen Regionalversorger AVACON kaum zu erklären. Bevor bei den Stadtwerken die Lichter ausgehen, versuchen wir etwas davon in die Angelegenheit zu bringen.

Anfang Oktober entschied der Verwaltungsausschuss des Stadtrats, die zu 100 % der Stadt Celle gehörende Stadtwerke GmbH an den erst in diesem Jahr gegründeten Regionalversorger AVACON zu verkaufen. Ein Ratsbeschluss soll im Dezember folgen. Die Stadt Celle erhält ein Aktienpaket der AVACON mit einem Anteil von 2,28 Prozent, was einem Wert von 94 Millionen DM entsprechen soll.

Die Stadtwerke GmbH brachte bisher nicht allein die millionenschwere Konzessionsabgabe in den städtischen Haushalt ein, meist gab es auch eine Gewinnübertragung und -last not least - trug der Celler Energieversorger die Defizite seiner "Töchter", der Celler Strassenbahn, des "Badelandes" und der Parkhäuser.

Stellt sich die Frage: Was soll das dann also? In einem Gutachten soll den Stadtwerken auf dem liberalisierten Energiemarkt keine rosige Zukunft beschieden worden sein. Geraten wurde ein Zusammenschluß mit anderen Energieversorgern. Zunächst wurde mit der Stromversorgung Osthannover - bisher zuständig für die Energieversorgung im Landkreis - verhandelt. Zeitlich parallel erfolgte der Zusammenschluss der fünf regionalen Energiedienstleister EVM (Magdeburg), FSG (Salzgitter), HASTRA (Hannover), Landesgas (Sarstedt) und ÜZH (Helmstedt) zur AVACON im September diesen Jahres. Und diese Preussen-Elektra-Tochter hatte wohl schließlich mehr zu bieten.

Auf den ersten Blick überwiegen für die Stadt Celle Risiken und Nachteile:

- die Stadt hat keinerlei Einfluss mehr auf Energiepolitik und -preisgestaltung;
- anstelle der bisher kalkulierbaren Überschüsse tritt die vage Hoffnung auf üppige Dividendenzahlung;
- Arbeitsplätze sind bedroht.

Allerdings sind die Bedingungen des Geschäfts mit der AVACON für die

Stadt weitaus günstiger, als in der "CZ" berichtet. So erhält die Stadt vertraglich - allerdings nur für die nächsten 15 Jahre - zugesichert:

- eine Zahlung in Höhe von rund 8 Millionen DM jährlich als Kompensation der bisherigen Konzessionsabgabe, die von den Stadtwerken in den städtischen Haushalt floss;
- jährlich rund 8,2 Millionen DM als Defizitausgleich für die Celler Strassenbahn, die Parkhäuser und das Hallenbad;
- jährlich 1,7 Millionen DM für die Verpachtung des Stadtwerkegeländes.

Die jährliche Aktien-Dividende dürfte bei 3-4 % liegen - immerhin ein Betrag von 2,8 bis 3,7 Millionen DM (im übrigen wird die AVACON-Aktie nicht an der Börse gehandelt).

Die Risiken und Nachteile liegen also vor allem in der Zukunft, denn in 15 Jahren dürfte unter dem Strich kaum mehr bleiben als die Dividende. Schon kurzfristig dürfte sich ein Druck auf die Preise im Nahverkehr, den Parkhäusern und im "Badeland" einstellen, denn: Steigt das Defizit über die 8,2 Millionen diesen Jahres, muss die Stadt dies über ihren Haushalt ausgleichen oder eben die Preise anheben. Hier dürfen wir uns künftig auf kommunalpolitische "Schlachten" gefasst machen. - Vertraglich zugesichert sein soll auch die Übernahme der Stadtwerke-Beschäftigten, wobei in einigen Fällen sicherlich Helmstedt oder Hannover als künftiger Arbeitsort drohen.

Einiges spricht dafür, dass der Verkauf der Stadtwerke tatsächlich unausweichlich war. Hintergrund ist die Deregulierung der Märkte für Elektrizität und Erdgas - d.h. insbesondere die Aufhebung geschlossener



d.h. insbesondere die Aufhebung geschlossener Versorgungsgebiete. Übereinstimmend werden die Wirkungen folgendermaßen beschrieben: Die Preisleitungsgebundener Energieträger werden sinken, die Überkapazitäten in der Erzeugung von Elektrizität werden abgebaut, bisher politisch gewollte Quersubventionierungen von Nahverkehr und regenerativen Energieträgern werden abgebaut.

Die EU-weite "Liberalisierung" des Energiemarktes, gewollt von der alten wie der neuen Bundesregierung, sollte vor allem für die Industrie sinkende Preise und die Nivellierung von Standortunterschieden bewirken. Die Freigabe des Marktes per Durchleitungspflicht, das Auflaichen von Strombrokern, die durch Bündelung von Kunden Preisnachlässe erzielten, und der Versuch der Stromkonzerne selbst, Kunden über Preissenkungen zu halten oder neue zu gewinnen, führte aber auch für Privatkunden zum Purzeln der Preise.

Der Energiepreiswettbewerb könnte eine gänzlich neue Energieversorgungsstruktur in Deutschland etablieren: Statt der bisherigen Gebietsmonopole, von denen kleine Versorger wie die Stadtwerke profitierten, werden nach dem jetzt zu beobachtenden Konzentrationsprozeß nur noch wenige Großenergieversorger am Markt übrig bleiben. Schon bisher verfügen acht westdeutschen Verbundunternehmen, die etwa 1 % gemessen an der Zahl der EVU ausmachen, über einen Anteil von 41 % an der Stromabgabe an Letztverbraucher. Die 60 regionalen Unternehmen in Westdeutschland, die etwa 6 % gemessen an der Zahl aller westdeutschen EVU repräsentieren, sind mit 28 % an der Stromabgabe an Letztverbraucher beteiligt. Demgegenüber halten die etwa 850 kommunalen Unternehmen Westdeutschlands einen Anteil von nur 31 % an der Stromabgabe an Letztverbraucher, obwohl 93 % aller EVU dieser Gruppe angehören.

Kritik an dieser Entwicklung übte zuletzt vor allem der Deutsche Städtetag. Dort äusserte man die Befürchtung, dass auf dem Energiemarkt künftig nur noch der Preis die Stromversorgung bestimmt und Umweltgesichtspunkte auf der Strecke bleiben. Die Städte sehen auf Dauer mehr als 40.000 Arbeitsplätze der Stadtwerke in Gefahr und rechnen mit Einbußen in Milliardenhöhe bei der Querfinanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs und anderer städtischer Dienstleistungen. Sie forderten - allerdings vergeblich - von der Bundesregierung, eine gesetzlich verankerte Quote für Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen einzuführen. Denn umweltfreundliche, dezentrale Stromerzeugung, wie z. B. die insbesondere von kleinen EVUs genutzte Kraft-Wärme-Kopplung, kann nicht mit den Billigstromanbietern konkurrieren, die Überschüsse aus den Atomstromkapazitäten aus Frankreich anbieten. Aber statt hier mit Realpolitik ressourcenschonende Energieerzeugung zu schützen und zu fördern, führen "Rote" und "Grüne" lieber Nonsens-Gespräche mit der Atomlobby.

Für die Haushalte bringt die "Markt-Liberalisierung" den Vorteil niedrigerer Energiepreise. Aber zu welchem gesellschaftlichen Preis? drah

Diskussionsveranstaltung zu Rechtsextremismus und rechtsradikaler Gewalt am 28.10. in Eschede

Am 28.10. fand in Eschede eine Diskussionsveranstaltung zu Rechtsextremismus und rechtsradikaler Gewalt statt. Organisiert wurde diese vom Celler Bündnis gegen Rechts und dem VVN/BdA. Als Referenten waren Gerd Bornemann, VVN/BdA Landessprecher, und Gunter Pilz, Gewaltforscher an der ev. Fachhochschule Hannover, eingeladen. Anlaß war der Mord an Peter D. durch zwei Skinheads am 9.8.99.

Dem Aufruf zu dieser Veranstaltung waren dann auch ca. 35 Leute gefolgt, von denen jedoch bedauerlicherweise nur zwei aus Eschede selbst kamen (was ja nicht unbedingt auf ein besonderes Interesse am Ort des Geschehens hinweist).



Von Seiten der Presse kam G. Gries von der CZ, dem wir hinterher auch eine für uns doch recht positive Berichterstattung zu verdanken hatten; als "Respektsperson" war sogar ein Vertreter der Celler Polizei anwesend, rein privat, versteht sich. Mit Störungen durch Nazis rechnete vorher eigentlich keiner so richtig; eine gewisse Alarmbereitschaft war jedoch vorhanden, nachdem kurz vor Beginn zwei Autos, vollbepackt mit Faschos, gesichtet worden waren. Ein paar von uns hielten sich also immer vor der Eingangstür auf. Was sich als sehr richtig erwies, denn als die Veranstaltung gerade eine Viertelstunde lief, mußte sie schon wieder kurz unterbrochen werden, da sich vor dem Tor draußen 12-15 Nazis versammelt hatten (dabei waren Michael Homeister, Sascha Haß, Dennis Bühring). Danüt gerechnet hatten wir zwar wie schon gesagt nicht wirklich, aber das muß ja nicht heißen, daß man nicht vorbereitet war. In kurzer Zeit standen ca. 20 von uns den Nazis gegenüber. Unser "Mann der Ordnung" schritt natürlich sofort ein ("Ich hab doch vor denen keine Angst!") und begann mit der Streitschlichtung und Krawallvermeidung (die auch klappte, obwohl er nur einer war, herzlichen Glückwunscht!); er orderte Verstärkung heran, die dann auch nach einiger Zeit in 5 Streifenwagen anrückte. Die Stimmung war schon ziemlich angespannt, sonst passierte aber außer einzelnen Wortgefechten mit den Damen und Herren in grün nicht viel. Gespräche der Bullen mit den Nazis ergaben dann auch irgendwann, daß diese geschlossen abrückten und auch bis zum Ende der Veranstaltung, die die meisten von uns dank dem Faschogesocks ja nun nur sehr indirekt mitbekommen haben, nicht wieder auf der Bildfläche erschienen. Uns hat das provokante Auftreten der Nazis auf jeden Fall sehr nachdenklich gestimmt, auch die anderen Besucher machten einen recht betroffenen Eindruck, so daß alle mit eher gemischten Gefühlen nach Hause führen.

Unabhängige Antifa Celle

Bundesweite Demo am 5. Februar 2000 in Berlin

Freiheit für Mumia Abu-Jamal

Am 13. Oktober 1999 unterschrieb Pennsylvanias republikanischer Gouverneur Thomas Ridge erneut einen Hinrichtungsbefehl für den afroamerikanischen Journalisten und ehemaligen Black Panther Aktivisten Mumia Abu-Jamal. Am 26.10. hat der zuständige Bundesrichter William Yohn den Hinrichtungsbefehl für Mumia ausgesetzt. Die Aussetzung des Hinrichtungsbefehls sagt aber nichts darüber, wie der Richter über Mumias Antrag auf ein neues Verfahren entscheiden wird. Deshalb geht auch die internationale Solidaritätskampagne in die nächste Runde.



Der heute 45jährige Mumia Abu-Jamal wurde am 9. Dezember 1981 wegen angeblichen Mordes an dem weißen Polizeibeamten Daniel Faulkner festgenommen und im

Juli 1982 nach einem nur vierzehntägigen Prozeß von einer ausschließlich weißen Geschworenenjury zum Tode verurteilt. Dieser Prozeß war nach Ansicht von Menschenrechtsorganisationen wie amnesty international, unabhängigen Beobachtern, Juristenvereinigungen etc. derart mit Fehlern und Nachteilen zuungunsten von Abu-Jamal behaftet - Zeugen wurden nachweislich von Polizei und Staatsanwaltschaft unter Druck gesetzt, Beweismittel verschwanden, Abu-Jamals Pflichtverteidiger erklärte sich selbst für inkompetent, potentielle afroamerikanische Geschworene wurden ausgeschlossen etc., daß diese Organisationen gemeinsam mit dem Europaparlament, Schriftstellern wie dem Nobelpreisträger Günther Grass und tausenden von Menschen in den USA, Europa, Südafrika und Lateinamerika ein neues Verfahren fordern. Bisher war diese Forderung erfolglos. Jetzt versuchen Abu-Jamals Anwälte vor dem zuständigen Bundesbezirksgericht

dieses neue Verfahren zu erhalten. Der zuständige Richter in diesem Fall ist Judge William Yohn am Federal District Court in Philadelphia.

Bis zum 7. Dezember sollen Jamals Anwälte eine Reihe von Präzedenzfällen schriftlich anführen, auf die sie ihren Antrag auf ein neues Verfahren stützen. Insgesamt macht das Verteidigerteam um Len Weinglass 29 Punkte geltend, in denen Mumias verfassungsmäßige Rechte auf ein faires Verfahren in dem Prozeß von 1982 verletzt wurden. Danach hat die Staatsanwaltschaft bis zu sechzig Tage Zeit, um auf den Antrag von Abu-Jamals Verteidigern zu antworten. Anschließend kann die Verteidigung eine erneute Stellungnahme abgeben. Erst dann - nach Schätzungen aus den USA wird es wohl Februar oder Anfang März werden - wird Richter Yohn eine erste mündliche Anhörung - sog. "oral arguments" - beider Seiten anberaumen. Hauptforderung von Mumias Anwälten ist es, daß Richter Yohn eine neue Beweisaufnahme anordnen soll - ein sog. "evidentiary hearing". Die Beweisaufnahme böte die einmalige Chance, die neuen Zeugen und Beweise in das Verfahren einzuführen. (Die amerikanischen Soli-Gruppen fordern deshalb dazu auf, Faxe an den Richter zu schicken - Vorschlag siehe Kasten).

Sollte Richter Yohn eine Beweisaufnahme ablehnen, entscheidet er aufgrund der Aktenlage von 1982. Die nächste Instanz wäre dann ein Bundesberufungsgericht, das ebenfalls nach Aktenlage entscheidet und sich erfahrungsgemäß an der Entscheidung der Vorinstanzen orientiert. Als letzte Möglichkeit bliebe dann noch einmal der Weg zum Obersten Gerichtshof der USA, der allerdings schon zwei Mal Mumias Berufungsanträge ungehört zurückgewiesen hat - zuletzt am 4. Oktober 1999.

Am 5. Februar 2000 soll in Berlin eine bundesweite Demo unter dem Motto "Für das Leben und die Freiheit von Mumia Abu-Jamal" und mit den Forderungen "Abschaffung der Todesstrafe, Freiheit für alle politischen Gefangenen" stattfinden, um kurz vor der ersten mündlichen Anhörung vor Richter Yohn noch einmal massiv Öffentlichkeit für Mumias Fall schaffen und möglichst viel Druck aufbauen.

Infos im Internet:

<http://www.reitschule.ch/reitschule/infoladen/mumia.html>

Fax-Vorschlag an den zuständigen Richter: (Bitte schickt diese Faxe an Mumia Soliburo Berlin, c/o ARI, Yorckstr. 59, 10965 Berlin, Fax: 030/7869984, von dort wird es an den Anwalt weitergeleitet.)

To the Honorable Judge William Yohn Federal District Court of Philadelphia
Dear Judge Yohn,

We, the undersigned, urge you to issue a stay for the death warrant of Mumia Abu-Jamal. We believe that Mumia Abu-Jamal, a renowned journalist and ex-Black Panther activist, did not receive a fair trial in 1982 and was unjustly convicted of killing police officer Daniel Faulkner. We further believe that the facts in his case warrant a new trial for Mr. Abu-Jamal which would offer the chance to hear all the facts and the suppressed evidence. In accordance with amnesty international whose president Pierre Sané has called for a new trial for Mr. Abu-Jamal, we ask you to grant an evidentiary hearing and then a new trial to Mr. Abu-Jamal and not rush Mr. Jamal to death. We are opposed to the death penalty in general. The facts and statistics show that the death penalty is applied with racist intentions. Mr. Jamal's case is yet another example of the racist context in which the death penalty is applied. We hope that you will consider Mr. Jamal's request for a new trial favorably. Sincerely yours, (Unterschrift)

Träume von der Elite-Universität

Werden sie eingehen in die Celler Geschichte als "um die Stadt" verdiente Persönlichkeiten oder als große Lachnummern: der Oberstadtdirektor Martin Biermann und der Apothekersohn Stephan Gutzeit aus Wietze. Beide eint Großes oder doch eher Größenwahnsinniges? Mitte Juli vermeldete Volker Franke von der CZ, bereits "im Jahr 2002" – also in zwei Jahren – könne Celle Universitätsstadt sein; das klingt nach Letzterem. Es gäbe konkrete Pläne eines gewissen Vereins mit dem Namen "European College of Liberal Arts" (ECLA = Europäische Schule für freie Kunst) für eine Elite-Universität in Celle. Dessen Vorstand besteht aus besagtem Stephan Gutzeit und den nicht weniger unbekanntem Dr. Olaf Amblank und Dr. Anne Sliwka. Was sie ausweist, was sie sind oder machen, erfährt der Leser nicht. Um so erstaunlicher sind die genauen Zahlen. Stephan Gutzeit: "Bis zu 800 Studenten und 100 Dozenten sollen eine kleine, aber höchst schlagkräftige Spitzen-Universität bilden. Als Vorbilder dienen Strukturen von Harvard und Oxford." Celle und die Elite-Universitäten von England und den USA in einem Atemzug. Daß da mancher den Bezug zur Realität etwas verliert, ist kein Wunder. Die CDU – allen voran Martin Biermann – hat sofort die britische Kaserne an der Hohen Wende als Standort für die Elite-Uni ins Gespräch gebracht. Die Soldaten sollen bekanntlich dort demnächst ausziehen. Der Verwaltungsausschuß des Celler Rats hat das "ECLA-Konzept" überfraktionell begrüßt. Die Celler CDU hat zudem während ihrer Beratungen für den Doppelhaushalt 2000/2001 beschlossen, "bei Bedarf" Geld freizumachen.

Worin besteht das "ECLA-Konzept"? Stephan Gutzeit: ... eine Neue Qualität von Führungsnachwuchs für die Wirtschaft ausbilden – flexible, praxisorientierte, aber wissenschaftlich geschliffene Generalisten. Heißt das nun Wirtschaftswissenschaften, Ingenieur-Studium, Studium generale, Jura oder nur bla bla? Merkwürdig nebulös!

"Bis zu 50 Millionen Mark werden für Grundausstattung und Umbauten gebraucht. Bis zum März muß aber klar sein, ob die Finanzierung steht", so Gutzeit voller Elan. Immerhin 100 000,- DM hat der Verein ECLA schon zusammen, so Gutzeit, als "Starthilfe" vom Stifterverband der deutschen Wissenschaft und 300 000,- DM will (!) die Dachorganisation angegliederter Stiftungen aufbringen. Verbleiben läppische 49,6 Millionen DM. Die erhofft sich Gutzeit von privaten Sponsoren, aus Landes- und Europamitteln, sowie aus kommunalen Geldern. Daß eine private Elite-Universität von der privaten Wirtschaft finanziert wird, liegt

eigentlich auf der Hand. Warum dafür aber öffentliche Gelder eingefordert werden, ist eine ganz andere Frage.

Hinzu kämen die laufenden Ausgaben einer Elite-Uni: allein die Personalausgaben für 100 Dozenten – die sollten ja auch wohl top sein und nur gegen gute Bezahlung zu haben sein – dürften bei jährlich 15 Mio DM liegen. Sicherlich ist die deutsche Wirtschaft reich, die Top-Adressen auch superreich und kaufen rund um den Globus für Milliarden von Mark eine Firma nach der anderen. Aber daß sie für ihren eigenen Nachwuchs eine private Elite-Uni unterhalten und selber finanzieren, wage ich entschieden zu bezweifeln. Dafür sind sie viel zu knauserig.

Dies schwant wohl auch dem Herrn Biermann: Er glaube weiter an die Finanzierbarkeit des ECLA – auch aus Europa- und Landesmitteln. SPD-Ratsherr Michael Schwarzkopf bestreitet dies entschieden. „für ihn sei klar, daß es vom Land Niedersachsen keinen Pfennig gibt und damit auch nichts aus Brüssel“. Er ist ansonsten "für eine öffentliche Hochschule", während sich erhebliche Teile der Celler SPD für eine private Elite-Universität schon erwärmt haben. Daß sich dabei der Elite-Nachwuchs um den tollen Standort Celle reißen wird, steht für mich außer Frage. Wie gesagt, bis zum März 2000 soll die Finanzierung stehen und im April soll "die endgültige Standortentscheidung" fallen. Schau'n wir mal. (syo)



EXPOstadt Celle:

Haesler platt und Heitland draußen

Wir sind jetzt aber trotzig und machen die Siedlung Blumläger Feld lieber platt, als sie weltfremden Denkmalschützern zu überlassen. So schafft die WBG (Städtische "Wohnungsbaugenossenschaft Celle GmbH") "menschwürdigen Wohnraum" und - ach, ja - Profit. Nachdem es Jahrzehnte gedauert hat, den geschmähten Architekten des Neuen Bauens in Celle - Otto Haesler - mit seinen Werken für's Celle-Image zu entdecken, sollen - nach WBG-Aufsichtsratsvorsitzenden und Ratsherren Dr. Wulf Haack (CDU) - nur noch dessen Repräsentativbauten wie Altstädter Schule o.ä. Schauwert haben, seine Sparbauten

SIE WOLLEN EXPOCITY



"für's Volk", wie eben das Blumläger Feld aber "heutigen Wohnverhältnissen angemessen", sprich: profitabler umgestaltet werden. Nun hat wohl niemand etwas dagegen, daß es der WBG gut geht und sie vernünftigen und bezahlbaren Wohnraum schafft. Aber doch bitte nicht auf Kosten, der jetzigen Mieter, die - wie WBG-Geschäftsführer Siegfried Hildebrandt unvorsichtig feststellt: "sich

andere Wohnungen nicht leisten können." Und die WBG zwingt auch niemand sich nicht an denkmalgeschützten Gebäudeensembles zu vergreifen, die in seltener Unversehrtheit eine Bauidee von 1931 dokumentieren. Wann werden die Herren Hildebrandt und Dr. Haack einsehen, daß diese Verwertungsmentalität längerfristig selbst in der Logik des Kapitals unwirtschaftlich ist?

ABER DIE STADT



rwle

DAS SIND MIR ALLE!



Die "schwarze Null" im Visier

Von 1990 bis Ende 1994 wurde die Städtische Union erneuert, mit einem Anbau und einer Tiefgarage versehen. Das Ganze für einen Kostenaufwand von 90 Millionen DM. Seitdem heißt die Union Congress Union. Jährlich fährt die Congress Union einen millionenschweren Verlust ein, der über den Haushalt der Stadt ausgeglichen wird - wie man so schön sagt, aus unseren Steuern. Kein Biermann, kein Politiker aus der Ratsmehrheit von CDU und Wählergemeinschaft findet daran Kritikwürdiges - wegen der "positiven" Auswirkungen auf Hotelerie und Gastronomie und dem positiven Image der Stadt überhaupt. "Bürgerhaus und Kongresszentrum" sei für ihn die Union, so Geschäftsführer Joachim König. Auch ihm wird bekannt sein, daß sicherlich die Hälfte der erwachsenen Celler kaum einmal im Jahr die Schwellen der Union überschreiten wird. Die Union ist eben mehr was für Bessere, für Reichere. Etwa 800 Tagungen, 12 bis 15 Kongresse und ca. 80 Musik- bzw. Unterhaltungsveranstaltungen gab es 1999 in der Union. Joachim König meint: "Die Congress Union führt unter dem Strich ein Minus ein... Konkret (ist unser Ziel) pro Jahr ein Zuschuss von deutlich unter einer Million Mark im operativem Geschäft. Irgendwann soll dann auch die 'schwarze Null' kommen." (CZ, 13.11.) Wohlgermerkt das Ziel und im operativem Bereich. Das heißt - für die, die sich in Buchhaltung nicht so genau auskennen - : die Abschreibungen, die Schuldtilgungen und die Zinsen auf die Ausgangssumme von 90 Mio DM bleiben außen vor. Die können eh vom Haushalt der Stadt Celle beglichen werden; das sind jährlich einige Millionen. Ach ja - am 19. November feierte die Union ihren 90. Geburtstag. (syo)

Spannend im Klo?

Wie wird ein Mensch genannt, der anderen beim intimen Treiben zusieht?: Spanner, Voyeur. Und wenn er das mit einer Videokamera auf der öffentlichen Toilette am Parkdeck Langensalzaplatz macht?: Polizist! Denn seit einigen Wochen wird der Eingangsbereich der Herrentoilette, die bekanntlich einer der wenigen schwulen Treffpunkte in Celle ist, mit einer Kamera überwacht (nicht die Damentoilette!). Und nicht nur das: Bespitzelt werden auch Männer, die sich "auffallend" lange dort oder im Auto vor dem Klo aufhalten und von der immer mal wieder kontrollierenden Polizei zur Angabe von Personalien aufgefordert. Seit der Klappenspitzelei in Hamburg in den frühen 70ern, als die Staatsorgane noch hinter einseitig durchsichtigen Spiegeln ihrem Laster frönen konnten und der darauf folgenden Abschaffung der sog. Rosa Listen mit

Lokales - Meldungen - Neuigkeiten - Provinzielles - Lokales

Schulendaten, fühlte Mann sich schon weniger diskriminiert. Weit gefehlt! In Celle scheint die Empfehlung der Länderfraktionsvorsitzenden der CDU/CSU vom 27.9.99 gefruchtet zu haben, eine Videouberwachung von "Plätzen mit hoher Kriminalitätsrate" vorzunehmen. Dafür fielen schwulen Opfern allerdings bessere Plätze und auch andere Präventionsmöglichkeiten ein: schwule Kontaktpolizisten z.B. und/oder besser: selbst organisieren. Die Gleichstellungs-AG der PDS Celle versucht gemeinsam mit der Gruppe SCHWINC und Betroffenen zu klären, durch welche Kanäle die Videobilder zu welchem Zweck wohin gehen. Landesschwulen-Referent Hans Hengelein scheint trotz Anfragen auf bessere Zeiten zu warten, in denen sich alles von selbst löst. Die Celler Schwulen werden das Ding selber in die Hand nehmen.

Wo Celle zum Dorf wird ???

Wie auch schon an anderen Orten im Landkreis, kam es am Samstag den 20.11.99 in Sandlingen auf einer Party zu einer Ansammlung von ca. 30 rechten "Skinheads". Diese terrorisierten dort nach eigenem Ermessen einige Partybesucher und brachten damit zum Ausdruck, wie sie sich ordentliche deutsche Gäste vorstellen, denn es dürfte kein Zufall gewesen sein, daß die Gruppe ausgerechnet einen schwarzen Besucher, einen Kurden und einen Menschen aus der "Hip-HOP-Szene" attackiert hat. Daß 30 entschlossene Eindringlinge auf einer Party mit insgesamt ca. 200 BesucherInnen eine bestimmende Kraft sind, kann ich mir gut vorstellen, warum sich anscheinend aber keine Unbeteiligten einmischten, oder zumindest die Polizei riefen, bleibt unklar. Ist die dörfliche Akzeptanz gegenüber Rechten inzwischen so groß, oder ist es allen "nur", wie so oft, egal? Bleibt zu hoffen, daß sich in naher Zukunft eine Stimmung entwickelt, die es unmöglich macht, daß Menschen wegen ihres Aussehens auf Partys verprügelt bzw. gar nicht erst hereingelassen werden. Ein Beteiligter war der stadtbekannte Celler Nazi Marius Siewek, der Rest kommt wahrscheinlich aus der Gegend um Eicklingen.

Nazi-Skins attackieren

linke Jugendliche in Gifhorn

In der Nacht zum Sonntag den 17.10.99 überfiel eine Gruppe von ca. 20 Nazi-Skins fünf linke Jugendliche in der Gifhorer Fußgängerzone. Mit Messern und Knüppeln sowie mit Fußtritten traktierten sie die Jugendlichen so lange, bis einer fliehen und die Polizei alarmieren konnte. Alle fünf Opfer wurden in ein Krankenhaus gebracht, einer mußte aufgrund der ihm zugefügten lebensgefährlichen Verletzungen auf der Intensivstation behandelt werden.

Es ist anzunehmen, daß der Überfall geplant war und die Jugendlichen Opfer einer Verwechslung wurden; denn am selben Abend drohten Faschisten den TeilnehmerInnen einer ~~Punk-Party~~ per Telefon, sie würden ihre Party aufmischen, wenn sie nicht in der Innenstadt erschienen, um mit den Faschisten "gemeinsam Party zu machen". Die Party-BesucherInnen warteten in der Wohnung, wurden aber nicht angegriffen.

In der Nacht nahm die Polizei die Personalien von 18 Personen fest, die sich auf einer Party in der Nähe des Überfallsortes befanden. Dort tummelten sich ausschließlich Leute, die der rechten Szene zuzuordnen sind. Unter anderem kamen sie aus Wolfsburg, Vechelde, Wesendorf und Uelzen.

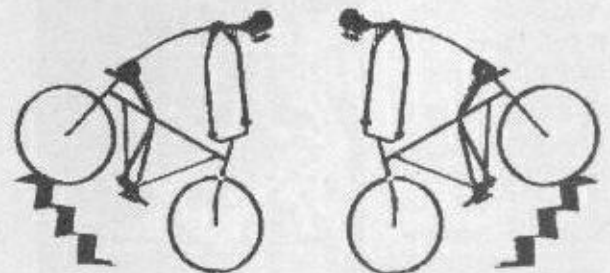
ITAG will nicht zahlen

Fast 55 Jahre nach Kriegsende weigern sich noch immer viele Unternehmen ehemalige NS-ZwangsarbeiterInnen zu entschädigen. Seit über einem Jahr pokern Bundesregierung und Industrie mit den Opfern. Die Verhandlungen stocken. Scheinbar wollen viele Firmen warten bis auch der/die letzte ZwangsarbeiterIn gestorben ist. Deshalb veröffentlichte das American Jewish Committee (AJC) eine unvollständige Liste, in der Unternehmen bzw. deren Rechtsnachfolger, die während des "Dritten Reiches" ZwangsarbeiterInnen beschäftigt hatten und die sich bisher nicht am Entschädigungsfonds beteiligen, benannt werden.

Darunter befindet sich auch die ehemalige ITAG, die heute unter dem Namen "Von Rautenkrantz Exploration und Produktion GmbH & Co KG" fungiert. Geschäftsführer ist Hedwig v. Rautenkrantz. Laut der Liste beutete die Itag während der Nazizeit 70 ZwangsarbeiterInnen aus. RH

Parkgebühren

Eine aufschlußreiche Berechnung zu den Gebühren für das neue Parkhaus am Bahnhof veröffentlichte F.Engel am 28.10 in der CZ: "Kosten für einen (!) Quadratmeter Abstellplatz im Monat für das Fahrrad 18 Mark, für das Auto nur 3,10 Mark". So setzt die Celler CDU-Verwaltung eindeutige Prioritäten!



Lokales - Meldungen - Neuigkeiten - Provinzielles - Lokales

Nazi-Rieger macht wieder in Immobilien

Nachdem im Februar 1998 die Trägervereine des Nazi-Zentrums in Hetendorf 13 verboten wurden und damit das Gelände beschlagnahmt wurde, schien es ruhig zu werden um Jürgen Rieger. Zwar führte er die verbotene "Hetendorfer Tagungswoche" unter anderem Namen 1998 und 1999 im weit entfernten Ostritz (bei Görlitz im Osten Sachsens) fort, aber hier vor unserer Nase tanzte er uns nicht mehr auf derselben herum. Doch nun gibt es wieder Aufregung um Jürgen Rieger, dem Nazianwalt, der von sich selber sagt. "Ich bin rechtsradikal bis zum geht-nicht-mehr".

Er hat in Hameln für mehr als vier Millionen Mark ein Gebäude erworben, in dem sich neben Privatwohnungen auch Läden, eine Gaststätte und das City Kino-Center befinden. Das Geschäft wurde über einen Makler abgewickelt, die Vorbesitzer sagen, sie hätten nichts von Riegers Aktivitäten gewußt.

In der Stadt Hameln soll der Besitzerwechsel für ein "ungutes Gefühl" gesorgt haben. Die Angelegenheit wurde geprüft, doch der Hamelner Leiter des Fachbereichs Rechts und Sicherheit mußte feststellen, "jemanden auf Grund seiner politischen Gesinnung den Grunderwerb zu verbieten, widerspricht unserer Rechtsordnung". Es gäbe "keine Handhabe".

Zwei Fragen stellen sich: woher hat Rieger so viel Geld und was hat er mit dem Objekt für Pläne? Die Antworten lassen sich nur erraten. So steht in der aktuellen Ausgabe von "Der Rechts Rand - Informationen von und für AntifaschistInnen", daß vermutet wird, daß Rieger sein private Vermögen durch Erbschaften von Alt-Nazis, die ihn als Statthalter ihrer Ideen sehen, vergrößert. Hamelner AntifaschistInnen stellen die Frage, ob Rieger das Geld aus dem Dritten Reich, also von Millionen von Opfern oder aus Erbschaften verschiedener Nazi-Kriegsverbrecher (also wieder das Geld der Nazi-Opfer) hier zu legalisieren versucht.

Über die Zukunft des Objektes hat Rieger sich in der Hamelner Presse in sofern geäußert, daß er in erster Linie geschäftliche Interessen an dem Objekt habe. Die Union-Kino-Betriebsgesellschaft, die das City Kino-Center betreibt, hat noch einen Mietvertrag bis 2005. Aus dem will Rieger sie nicht "auch früher rauslassen" und ihn "auf jeden Fall verlängern", wenn die Betriebsgesellschaft das wünsche, äußerte er gegenüber der Hamelner Presse. Andernfalls wird er das Kino anderen Betreibern anbieten oder zur Not einen Supermarkt daraus machen.

Hamelner AntifaschistInnen sehen zwei Möglichkeiten, wenn Rieger das Gebäude behält: entweder er vermietet und verpachtet weiter, so wie Rieger es selbst

behauptete, so daß er die Immobilie als Geldquelle für seine Naziaktivitäten nutzt oder Rieger eröffnet in dem Gebäude eine Seniorenpension für deutsche Kriegsverbrecher oder ein Schulungszentrum für Nazi-Terroristen.

In dem Zusammenhang machen die Hamelner Antifas darauf aufmerksam, daß Rieger, der in etlichen rechten Vereinen und Parteien Mitglied war und ist und z.T. führende Positionen innehat, auch Mitglied des Freundeskreises Filmkunst ist. Dieser Verein zeigte jahrelang in Hamburg alte NS-Filme in geschlossenen Veranstaltungen.

Letztlich bleibt wohl erstmal nur die Feststellung, daß egal, wofür Rieger das Gebäude nun nutzt, nichts Gutes dabei herauskommen kann und so lautet eine der Forderungen der Hamelner Antifas:

ENTEIGNET RIEGER!

(mm)

Junge Union Celle

Verschärfungen im Asylrecht forderte der Stadtverband Celle der JUNGEN UNION. Der CDU-Nachwuchs will die „hohen Sozialleistungen für Asylbewerber“ weiter gesenkt wissen. Daneben soll abgeschoben, überwacht und Ausländerkriminalität bekämpft werden. Damit will man rechtsextremen Gruppierungen den Boden entziehen, nach dem Motto: Mit uns braucht's keine Nazi-Parteien, faschistische Ausländerpolitik kann auch die CDU - oder wie? drah

Einfach nicht hingehen

Selten hat die Cellesche Zeitung recht; größtenteils müssen wir in ihr fast täglich erdulden - manchmal jedoch hat auch sie ihre hellen Momente. So zum Beispiel in Bezug auf die Berichterstattung über die Vorgänge in der Celler Discothek Inkognito. Regelmäßig wird dort farbigen Gästen der Zutritt verwehrt, regelmäßig werden von den dort beschäftigten Türstehern rassistische Beschimpfungen geäußert. Während der CZ Recherche hat sich auch die Geschäftsleitung klar hinter die Praktiken ihrer Türsteher gestellt "...nach meinem Kenntnisstand gehen 99,5 (!!!) Prozent aller Probleme in unserer Discothek auf das Konto von Ausländern" so Geschäftsführer Meyer gegenüber der CZ. Vermutlich meint er damit die "Probleme" die er, seine Türsteher und ein großer Teil seiner Gäste mit Nicht-Deutschen haben und nicht die Probleme, die diese verursachen.

Da können wir uns nur der Celleschen Zeitung anschließen "Vor diesem Hintergrund kann es zur Zeit nur eine Reaktion auf die jüngsten Vorfälle geben: Einfach nicht mehr hingehen (CZ)." pieps

CELLER ALLTAG IM FASCHISMUS



- LEBEN IN DER BLUMLAGE

Von Reimar Bahr u.a./Bearbeitet von RWLE Möller

Teil 5

Dem folgenden Text liegt eine Arbeit von drei Hölty-Schülern aus dem Jahr 1981 zugrunde, die sich damit am Schreibwettbewerb "Alltag im Nationalsozialismus" der Hamburger "Körper-Stiftung" beteiligten. Der interviewte Paul Schang war Herausgeber der kommunistischen Zeitung "Das rote Sprachrohr", Betreiber des "Arbeiter-Radios" und Leiter des Jugendverbandes der Celler KPD. Nach dem Krieg arbeitete er als Platzwart bei TuS Celle und starb am 23.3.1985.

Die Revista-Redaktion hält das Dokument für so informativ, daß es weiteren Kreisen zugänglich gemacht werden sollte. RWLE Möller hat den Text überarbeitet und statt mancher Kürzel, wenn möglich, die betreffenden Namen eingesetzt."

Nach Celle zurückgekehrt, begibt Paul sich sofort auf die Suche nach einer Beschäftigung. Vom Arbeitsamt wird er als Baustellenbote zu der gerade im Aufbau befindlichen Munitionsanstalt Scheuen vermittelt. Pauls Aufgabe besteht in der Beförderung von Privatpaketen der in Scheuen tätigen, vornehmlich aus dem Ruhrgebiet stammenden Facharbeiter. Außerdem hat er für die Bauleitung Büromaterial zu transportieren. Nach wenigen Tagen wird er zur Gestapo zitiert. Vorausgegangen ist eine während seiner Dienstzeit erfolgte Untersuchung der elterlichen Wohnung. Als Paul das Gestapo-Büro betritt, wird sofort bemängelt, daß er anstatt mit "Heil Hitler" mit "Guten Abend" grüßt. Paul kann den vernehmenden Beamten beschwichtigen, indem er auf die Entlassungsrede des KZ-Kommandanten von Brandenburg verweist, der die Häftlinge ermahnte, nicht zu Heuchlern zu werden, d.h. nicht mit "Heil Hitler" zu grüßen, wenn sie nicht davon überzeugt seien.

Grund für die Vorladung und die Durchsuchung sind die Angaben eines Denunzianten, welcher Paul gegenüber der Gestapo des Abhaltens kommunistischer Versammlungen im Französischen Garten und des regelmäßigen Transports kommunistischer Flugschriften bezichtigt hat.

Paul gelingt es, beide Vorwürfe zu entkräften. Die Versammlungen kann er aufgrund seiner Arbeitszeit nicht abgehalten haben. In Zusammenhang mit dem angeblich paketweisen Transport kommunistischer Flugschriften klärt Paul die Gestapo-Beamten über seinen Aufgabenbereich als Baustellenbote auf.



PAUL

Zwar kann er noch am gleichen Abend nach Hause zurückkehren, doch wird er einige Tage später wegen politischer Unzuverlässigkeit entlassen. Diese Begebenheit ist symptomatisch für die Schwierigkeiten, mit denen sich nicht nur Paul in den folgenden Jahren auseinandersetzen hat. Politisch Andersdenkende haben Probleme, einen Arbeitsplatz zu finden, Denunziation ist an der Tagesordnung, und Kleinigkeiten wie das Unterlassen des "Deutschen Grußes" werden zu Anklagegründen. Zum Thema Denunziation und Deutscher Gruß erinnert sich Paul u.a. an zwei Fälle, die sich Anfang 1934 ereignen.

Im ersten betritt der bekannte Altenceller Nationalsozialist B. die in der Celler Innenstadt gelegene Schlachtereier M. [vermutlich Matthies in der Zöllnerstr. 32, deren Inhaber als antinationalsozialistisch welfisch und christlich bekannt war] und begrüßt den Inhaber mit "Heil Hitler". Über die Nichterwiderung des Grußes geraten B. und M. in einen Disput, der damit endet, daß der Sohn des Schlachtermeisters den Nationalsozialisten aus dem Laden drängt. B. beschwert sich daraufhin bei der örtlichen NSDAP-Parteileitung. Es wird Anzeige erstattet und eine Verhandlung vor dem Celler Schöffengericht folgt. M. wird zu 50,00 Mark Strafe verurteilt. Der Fall hat noch ein Nachspiel.

B. gab als Grund für seine Knieverletzung eine Kriegverletzung an, und hat daraufhin jahrelang eine Rente bezogen. Der Schlachtermeister kann ihm nachweisen, daß er sich diese Verletzung bei einem Pferdediebstahl zugezogen hat.

Folge ist, daß der Nationalsozialist seine Anstellung als Polizeibote verliert. Paul: **"Man hat ihn dafür entschädigt, indem er beamteter Hausmeister in einer Celler Schule wurde. Er hat sich dann erschossen, weil er Killekille mit kleinen Mädchen gemacht hat."**

Der Schlachter bekommt später noch einmal Schwierigkeiten, diesmal mit dem nationalsozialistischen Bauerrat Theo W. [Theo Wilkens]. Als M. sein Haus renovieren läßt, soll auch ein an der Außenwand stehender religiöser Spruch erneuert werden. Der Bauerrat untersagt dies.

Ein ähnliches Renovierungsverbot ergeht auch an den Seiler K. [recte: C.= Conrady; Mauernstr. 26/27], an dessen Hausfront der folgende Spruch steht: "Die kleinen Diebe hängt man auf,/die großen läßt man laufen,/wär umgekehrt der Welten Lauf,/könnt ich mehr Stricke verkaufen." Paul: **"Das war den Nazis zu doppeldeutig."**

Im zweiten Streitfall um den Deutschen Gruß handelt es sich bei dem Verurteilten um einen Freund von Paul. Ist Schlachter M. noch mit einer Geldstrafe davongekommen, so wird der Maurer B. zu sechsmonatigem Freiheitsentzug verurteilt, weil er einmal den Deutschen Gruß mit "Rot Front!" erwidert. Auch Paul macht noch weitere Erfahrungen mit dem Deutschen Gruß, dem Fahngruß usw.

Doch zunächst zurück zu seiner Situation im August '34, als er seine Beschäftigung auf der Scheuener Baustelle nach ungefähr einer Woche schon wieder verloren hat. Er wird zum zweiten Mal vom Arbeitsamt an eine Baustelle vermittelt. Wieder ist es ein militärisches Bauvorhaben, das während dieser Zeit um Celle herum entsteht: der Wietzenbrucher Fliegerhorst.

Paul will sich bei der Bauleitung vorstellen, wird aber von der SS-Wache nach Einblick in ein Namensregister mit den Worten: "Du, Paul S., hast hier auf dem Gelände nichts zu suchen!" abgewiesen. Er steht auf einer schwarzen Liste für politisch unzuverlässige Leute.

Paul zieht die Konsequenzen und sucht sich Gelegenheitsarbeiten. Er arbeitet im Reformhaus sowie für einen Fisch- und für einen Milchhändler. Paul liefert die Waren zu den Kunden nach Hause. Da unter diesen auch viele stramm nationalsozialistisch gesinnte sind, befürchtet er Beschwerden bei den Händlern über einen "kommunistischen Boten". Aus diesem Grunde informiert Paul seine Arbeitgeber schon im voraus über seine politische Vergangenheit. **"Das Inhaberehepaar des Reformhauses M. [Möbbach, Gr.Plan 14] war auf die Nazis sowieso nicht gut zu sprechen, da sie den Jungdeutschen Orden, in dem beide organisiert waren, verboten hatten. Der Fisch- und der Milchhändler waren an Politik nicht interessierte Leute."**

Um ihre Arbeit nicht zu sorgen brauchen sich die sog. "Märzgefallenen" oder "Konjunkturritter". Paul versteht in Bezug auf die Arbeiterschaft diejenigen darunter, die sich opportunistisch verhalten: **"Die sind nach '33 gleich in die Partei oder die SA eingetreten und haben dann sofort Arbeit bekommen. Von der DAF gab es sehr gute blaue Sonntagsanzüge mit Hakenkreuzknöpfen. Manche haben die Knöpfe später ausgetauscht. Auch Fahrräder gab es. Das wurde dann mit einer Mark vom Wochenlohn abgezogen. Es war schon eine große Versuchung, und viele Wankelmütige sind so in die Arme der Nazis getrieben worden."** Willi T. zu diesem Thema: **"Am 27. Januar waren sie noch in der kommunistischen Schalmeienkapelle, und am 1. Mai marschierten sie in der SA-Kapelle mit. Wenn man die heute auf der Straße sieht und wie sie dann weggucken..."**

RWLE

Fortsetzung folgt

Buchvorstellung:

"Es war ein harter Kampf um meine Erinnerung"

Bücher über die Rote Armee Fraktion gibt es viele, wahrscheinlich genug, um sich jahrelang mit diesem Thema zu beschäftigen.

Das kürzlich im Konkret Literatur Verlag erschienene Buch von Margrit Schiller "Es war ein harter Kampf um meine Erinnerung", ist auch ein Buch über die RAF, aber vor allem ist es die Geschichte eines Lebens; eine Geschichte, die in aller Offenheit über die eigene Rolle in der RAF, eigene Fehler und eigene Entscheidungen einer jungen Frau erzählt. Margrit Schiller reflektiert selbstkritisch über ihre Jugend, ihren (fast banalen) Weg zur RAF, die Jahre im Knast, Hungerstreiks, Isolationsfolter und immer wieder über sich selbst. Es gelingt ihr, ein Stück Geschichte nicht nur mit Daten und Fakten, sondern auch mit Emotionen, Ängsten und Hoffnungen zu füllen. Dieses Buch berichtet von einer anderen Seite des bewaffneten Kampfes in Deutschland, weniger von politischer Theorie und Strategie einer Gruppe, als mehr von der Motivation einer einzelnen Frau, deren Vergangenheit eng mit der der RAF verknüpft ist, die aber dennoch ihre eigene Geschichte hat und diese erzählt. Im Vorwort des Herausgebers Jens Mecklenburg heißt es: "Ihre Sicht der Geschehnisse bedeutet keine Abrechnung mit der RAF, ist aber auch für eine Mythenbildung nicht geeignet." Ein Satz, der es wohl ziemlich genau trifft, denn die Autorin zeichnet kein Heldenportrait, dazu ist ihr Buch zu ehrlich und zu selbstkritisch. Es ist vielmehr die Sicht der Dinge einer Frau, die ihre Vergangenheit nicht leugnet, sondern sie als Teil ihrer Geschichte anerkennt und die, obwohl sie letztendlich wahrscheinlich verloren hat, nicht resigniert.

Das Buch (ISBN 3-89458-181-6) gibt es im Konkret Verlag für 34,- DM zu kaufen.

WIR SAGEN NEIN!

Der Parteivorsitzende Lothar Bisky und der Vorsitzende der PDS-Bundestagsfraktion, Gregor Gysi haben in einer gemeinsamen Erklärung eine Akzeptanz militärischer UN-Einsätze "von Fall zu Fall" vorgeschlagen (und dabei eine deutsche Beteiligung nicht ausgeschlossen).

Damit verstoßen sie gegen den Artikel 4.10 des Parteiprogramms der PDS vom 3. Parteitag 1993, in dem es heißt:

"Die PDS tritt dafür ein, Krieg und militärische Gewalt zu ächten und für immer aus dem Leben der Völker zu verbannen. Wir lehnen Denken und Handeln in Abschreckungs-, Bedrohungs- und Kriegsführungskategorien ab. Wir treten für die schrittweise Beseitigung aller Streitkräfte ein."... "Aus der Geschichte Deutschlands, aus seiner geographischen Lage und seinen Potenzen erwächst eine besondere Friedensverantwortung, erwächst Friedenspflicht."

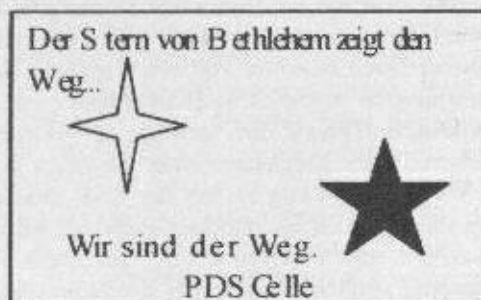
Das war bisher die Haltung der PDS und so sollte sie auch bleiben. Der Kreisverband Celle hat versucht, eine Stellungnahme bei der letzten Landesdelegierten-Konferenz zu erhalten. Im Hinblick auf die "Sensibilität des Themas" wurde eine Stellungnahme oder ein Beschluß - verzögert durch die Formulierung eines Papiers durch den Landesvorstand - auf den zweiten Teil der LDK im Dezember verschoben. Der KV Celle ist der Meinung, daß keine Zeit verloren werden sollte, das Bisky/Gysi-Papier zu behandeln, ehe Schaden angerichtet wird.

Wir fordern hiermit den Bundesvorstand, die Landesvorstände, die Landesdelegierten-Konferenzen, jeden Kreisverband und jedes einzelne Mitglied auf, das Bisky/Gysi-Papier als Verlassen des Programms und damit einer Vorbereitung der PDS-Regierungsfähigkeit auf Bundesebene schärfstens zu verurteilen.

MIT UNS IST KEIN KRIEG ZU MACHEN!

PDS KV Celle

Anzeige:



Pressemitteilung zur Aktion gegen Abschiebung am Flughafen Langenhagen

Am Mittwoch den 24.11.1999 fand am Flughafen Langenhagen eine Aktion gegen Abschiebung statt. Es wurde bekannt, dass am selben Tag mit dem Flug Eurowings Flight 074 um 17.05 Uhr nach Amsterdam

Yenga Manguai nach Kongo abgeschoben werden sollte, der hier zwei Kinder hat und kurz vor seiner Hochzeit steht. Am Flughafen befanden sich einige Menschen, die durch das Verteilen der Flugblätter und das Hochhalten von Transparenten versuchten, die umgebenden Menschen auf diesen Fall aufmerksam zu machen. In Flugblättern wurden sowohl Informationen über den abzuschubenden Menschen weitergegeben, als auch auf die Möglichkeiten hingewiesen, wie Passagiere eine Abschiebung verhindern könnten. Anscheinend stieß dies auf Resonanz: Drei Passagiere des Fluges nach Amsterdam protestierten am Bord der Maschine. Nach unseren Informationen wurden alle drei Frauen verhaftet.

Die Abschiebung von Yenga Manguai wurde aufgrund der Proteste verschoben. Tatsächlich fand aber die Abschiebung einer anderen Person nach Kongo statt



NPD-Aufmarsch verboten

Braunschweig. In Braunschweig fand heute (4.12.1999) eine antifaschistische Demonstration unter dem Motto »Kein Naziaufmarsch in Braunschweig und anderswo! Eingreifen statt zuschauen! Gegen Faschismus und Militarismus!« mit mehr als 2000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt. Anlaß war ein von der NPD angemeldeter Aufmarsch, mit dem sie die Absage der Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-44« des Hamburger Instituts für Sozialforschung in Braunschweig feiern wollte, aber schließlich nicht konnte. Denn das Oberverwaltungsgericht Lüneburg bestätigte am Freitag das polizeiliche Verbot des NPD-Aufmarsches. Auch eine Ersatzveranstaltung, die die NPD in Magdeburg anmeldete, konnte nicht stattfinden, da das dortige Verwaltungsgericht ein von der Polizei ausgesprochenes Verbot bestätigte. Der Veranstalter der antifaschistischen Demonstration, das Braunschweiger ‚Bündnis gegen Rechts‘, wertet es als Erfolg, dass an keinem der angemeldeten Orte und auch nirgendwo sonst ein Aufmarsch der Nazibanden gelingen konnte. Es ist der Erfolg einer Bündnisarbeit, der es gelungen ist, ein breites Spektrum



antifaschistischer Kräfte zu mobilisieren. Dadurch wurde der öffentliche Druck auf die Verantwortlichen in Stadt und Polizei so groß, dass ein Verbot der NPD-Aufmärsche ausgesprochen wurde. Zudem verhinderten weitere ca. 1000 Antifaschistinnen und Antifaschisten, die sich nicht an der Demonstration in Braunschweig beteiligten, sondern sich stattdessen den planlos herumfahrenden Faschisten an die Fersen hefteten, dass auch spontane und unangemeldete Aufmärsche der Nazis in der Region Braunschweig-Hannover nicht stattfinden konnten.

Braunschweiger Bündnis gegen Rechts, 4.12.99

Rechte morden im Musterländle

Innerhalb einiger Monate wurden in Skandinavien vier Morde mit eindeutiger bzw. mutmaßlicher rechtsradikaler Täterschaft (siehe taz vom 16.10, sowie diverse Ausgaben in 99). Wer sich noch daran erinnert, daß es europaweit die norwegische Fortschrittspartei war, die als erste rechtsextreme Partei zu den "Würden" des Einzuges in ein nationales Parlament kam (allerdings noch in Zeiten vor dem großen Öl-Boom), mag sich die Frage nach dem ökonomischen Hintergrund für die Verbreitung rechter Gesinnung stellen. Auch wenn die SchwedInnen den sozialen Rückbau in ihrem Land des "dritten Weges" mit dessen beneidenswerter sozialer Absicherung in den letzten beiden Jahrzehnten subjektiv als schmerzhaft empfinden mögen, so sind die dortigen Standards, der Zugang zu Bildung und Information, die Absicherung bei Arbeitsplatzlosigkeit und Krankheit noch immer vergleichsweise hoch.

Die Thematisierung der Integration von MigrantInnen (vornehmlich aus den baltischen Republiken und Polen), sowie gesellschaftliche Modernisierungsvorhaben (der aufhaltsame Ausstieg aus der Kernenergienutzung, die Kriminalisierung des Kaufens sexueller Dienste) kommen im Land der Mitternachtssonne noch immer aus dem Parlament. Und nicht etwa aufgrund

irgendwelches Drucks von "unten" zustande.

Dennoch fungieren, aufgrund der liberalen Tradition in Gesetzgebung und Rechtsprechung, vor allem Dänemark und Schweden als Drehscheibe für den Handel mit z.B. hetzerischen Druckerzeugnissen und CD's. Mehr noch: die Täter von Stockholm konnten sich Anschrift und Paßfoto ihres Opfers direkt von der Meldebehörde besorgen und via Netz verbreiten. Schweden - ein Land ganz ohne Argwohn?

Mitnichten. So ließ der Dramatiker Lars Noren Anfang des Jahres drei inhaftierte Rechtsradikale von der Bühne des Stockholmer National-Theaters ihre Tiraden brüllen ("mensch "darf" Noren unterstellen, kein Richter zu sein" taz), um die Brisanz zu veranschaulichen. Allerdings: die drei nutzten den Freigang

auf ihre Weise - sie kehrten nicht in die Haft zurück, sondern setzten sich ab und begingen einen Raubüberfall.

Dieser Vorgang erregte landesweit die Gemüter.

In einem Kommentar des (bürgerlichen) schwedischen Sydöstran aus diesem August wird das fiktive Gespräch eines hilflosen Kommunalrates, der eine Versammlung von Rechtsradikalen (zum "Zwecke des Dialoges" - Stichwort: akzeptierende Arbeit) genehmigt hatte, scharf verurteilt.

Eine Kenntnis der Vorgänge in Skandinavien schlägt den hierzulande politisch Verantwortlichen und den Multiplikatoren in der Medienwelt (in "diesem zusammenwachsenden Europa") ihr Lieblingsargument aus der Hand: daß das Entstehen rechtsradikaler Gesinnung zu einem großen Teil Folge von ökonomischer Verarmung ist.

Es ist eine menschliche.

(Gepunkt)

Landgestüt Celle!

Du hast einen Hengst, der heißt, wie Pferde nun mal heißen: nämlich »Westwall«. Und der sollte am deutschen Einheitsfeiertag das Land Niedersachsen beim deutschen Botschafter in Paris repräsentieren. Durfte Westwall aber nicht, weil er eben hieß, wie er heißt: Westwall. Das fand' der Franzos nun mal nicht sehr lustig und verweigerte die Einreise.

Wir dagegen finden es sehr lustig. Und fragen uns und Dich, Landgestüt Celle, was Du jetzt mit den Prachtgäulen »Gleiwitz«, »Coventry« und »Oradour« anfängst: notschlachten? Umtaufen? Oder künftig nur noch beim Außenminister repräsentieren?

Wieher:

Titanic

Schlaflos in Seattle

Fight the power!

So hatten sich Politiker, Journalisten und Kongressbesucher die Eröffnung der dritten Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) am Montag in Seattle nicht vorgestellt. Denn Zehntausende von Gegendemonstranten machten die verregnete Stadt und die WTO mit grossem Einfallsreichtum tatsächlich "dicht". Downtown Seattle war von den WTO-Gegnern trotz Tränengas und den Plastikgeschossen der Polizei stundenlang blockiert - bis der Bürgermeister den Ausnahmezustand erklärte und die "National Guard" anforderte.

US-Aussenministerin Albright blies ihren Auftritt zur WTO-Eröffnung kurzfristig ab, und UNO-Generalsekretär Kofi Annan wagte sich aus Sicherheitsgründen nicht aus seinem Hotelzimmer. Ähnlich verfuhrn Hunderte von WTO-Delegierten, denen sich WTO-Gegner in den Weg stellten, und deshalb im Getümmel gleich wieder kehrt machten. Andere Herren und Damen des "Frei"handels sahen aus sicherem Abstand zu und widmeten sich dann lieber dem frühzeitigen Lunch. No business today, so schien es. Denn schon morgens um sieben blockierten Hunderte von Anhängern des losen "Direct Action Network" sämtliche Zufahrtswege zum und vom Kongresszentrum. Die Menschenmenge schwoll bis zum Vormittag auf fast 10.000 an.

Die Innenstadt von Seattle ist eine jener berühmten Downtown-Architektur-Wüsten in den USA: eine blockweise angelegte Zone aus Glas und Beton mit gigantischen Ausmassen. Dutzende von 50-stöckigen Hochhäusern beherbergen Büros und Hotels. Nachts

ist es totenstill, denn hier lebt niemand, tagsüber erwecken bestens gekleidete Einkäufer und handyschwingende Geschäftsleute den Eindruck, hier herrsche Leben. Seattle ist nicht nur die Stadt von "Starbucks", sondern auch von "Boeing" und "Microsoft". Beide Konzerne luden denn auch zur WTO-Konferenz.

So etwas habe Seattle noch nie gesehen, heisst es von erstaunten Einwohnern. Rasta-Fans führten an langen Drähten handgemachte, riesige Puppen mit sich. Sie stellen WTO-Manager, Skelette oder auch Delphine dar. Eine Gruppe von 12 schwarz Vermummten trommelt im Marschtempo, bewegt sich geradewegs auf die Polizeikette zu und dreht im letzten Moment ab. Auf Nachfrage teilt eine Trommlerin während einer Pause den Bandnamen mit: "Infernalische Geräusch-Brigade". Hunderte haben sich auf mindestens 10 Strassenkreuzungen zum sit-in niedergelassen. Einige von ihnen haben sich an Absperrgitter gekettet. Radikale Nikolaus mit ausnahmsweise schwarzen und roten Bärten verteilen Flugblätter. Vor allem Junge tragen selbstgemalte Schilder mit Parolen: "Nieder mit der WTO", "Es ist das Wirtschaftssystem, Dummerchen!", "Keine Steuern ohne Stimme" oder schlicht "Fight the power!". Tausende bewegen sich in den Hochhausschluchten zwischen den Strassenkreuzungen hin und her.

Der Demonstrationzug des Gewerkschaftsdachverbands AFL-CIO, der bis zu 50.000 Kollegen umfassen soll, lässt auf sich warten. Offenbar sind die ersten

Nachrichten vom Tränengaseinsatz zu ihm durchgedrungen. Jeweils zehn Polizisten in dunkelblauen Kampfuniformen, die flexiblen Einheiten der "Seattle Police", attackieren ohne ersichtlichen Grund die friedlichen Sit-In-Leute. Es sind weder Autos noch WTO-Delegierte in Sicht. Mehrere Beamte versprühen Pfeffergas aus Kleinstkartuschen - mit einem dünnen Strahl direkt in die bereits aufgeweichten Gesichter. Wer kein Regenzeug anhat, ist im Nieselregen von Seattle



Mit massiver Gewalt ging die Polizei auch in der Nacht zum Donnerstag in Seattle gegen Proteste vor

bereits klitschnass. Doch niemand gibt auf. Auf Seiten der Demonstranten müssen Hunderte von Gasmasken im Umlauf sein. Sowohl der Regen als auch das Tränengas und die trotzdem - noch - ausgelassene Stimmung erinnern an die Grossdemonstrationen aus den 70er und 80er Jahren in der BRD gegen die Betreiber der Atomkraftwerke.

Inzwischen zieht der AFL-CIO mit den Stahlarbeitern, den Teamsters und der "Machinists Union" von Boeing ohne Zwischenfälle vorbei. Aus Kanada sind mehrere Gewerkschafter-Konvois, zum Beispiel die Gewerkschaft der Krankenpflegerinnen aus British Columbia, eingetroffen. Recht zügig schreiten die Arbeiter voran, und es müssen zwischen 30.000 und 40.000 sein. Die



meisten Taxifahrer streiken heute, und die Werftarbeiter haben die Arbeit aus Protest gegen die WTO niedergelegt. Doch die Forderungen der Gewerkschafter beschränken sich darauf, die WTO zu ver-

bessern. "Make the global economy work for working families", steht auf mehreren Plakaten, und: "Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg".

Welche Rolle der Nationalstaat USA im globalisierten Handel spielen soll, scheidet die Geister dieses Protestbündnisses gegen die WTO. Denn den Nationalstaat stärken hiesse auch, ihm mehr Entscheidungskompetenz und damit Druckmittel gegenüber anderen einzuräumen. Aber den Nationalstaat schwächen - ist das nicht wieder ein Nachgeben gegenüber dem Globalisierungsprozess?

Diese Frage stellen sich die hunderte Demonstranten jedenfalls nicht, die von Tränengas zermürbt sind und Schaufenster zu Bruch gehen lassen. McDonalds, Starbucks, Gap, Planet Hollywood und die Bank of America erleiden Sachschaden. Grund für den Bürgermeister der Stadt, kurze Zeit später auf einer Pressekonferenz die harte Linie anzukündigen. Zwischen sieben Uhr abends und 7.30 Uhr morgens tritt in downtown Seattle eine zivile Ausgangssperre in Kraft, was die rechtlichen Befugnisse von Polizei und Geheimdienst erheblich erweitert. Und 150 Mann der "National Guard" kündigt der Bürgermeister an. Was bedeutet, dass am zweiten Tag der WTO-Tagung in Seattle die Armee mit auf Patrouille ist.

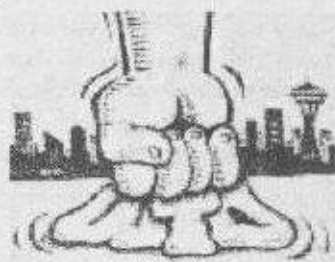
Max Böhnel z.Z. Seattle, exklusiv für LabourNet Germany am 1.12.1999

Der Ausnahmezustand in Seattle, der am Dienstagabend vor der Ankunft US-Präsident Clintons über das Stadtzentrum verhängt wurde, dauerte auch an, seit

Clinton die Stadt am Mittwoch Abend längst wieder verlassen hat. Die Stadtverwaltung ordnete erstmals seit dem 2. Weltkrieg eine Ausgangssperre rund um die Uhr an, die bis zum Abschluss der WTO-Tagung am Freitagabend gelten sollte. Bis Donnerstag Nachmittag hatte die Polizei 587 Menschen festgenommen, Hunderte von Tränengasgranaten abgefeuert und sogar lebensgefährliche Plastikgeschosse eingesetzt. Eine bisher unbekannte Zahl von Demonstranten und Passanten hat teilweise schwere Verwundungen erlitten. Von verletzten Polizisten ist nichts bekannt. Inzwischen mehrt sich die Kritik an den Polizeiübergriffen, die zum Teil live im örtlichen Fernsehen mitzuverfolgen waren. Der Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO und die Bürgerrechtsvereinigung American Civil Liberties Union haben angekündigt, gegen die Stadt wegen Verletzung der Versammlungs- und Redefreiheit zu klagen.

Das Gelände rund um das Kongresszentrum, wo Delegierte aus 135 Ländern die Liberalisierung des Welt Handels beraten, und um die teuren Hotels von Seattle glich auch am Donnerstag einem Heereslager. Hunderte von militärisch ausgerüsteten Polizisten standen Wache und liefen Streife. Angehörige der Nationalgarde patrouillierten in Militärkleidung mit Stahlhelmen und Holzknüppeln durch die Innenstadt. Über den Hochhäusern kreisten auch in der Nacht zum Freitag noch sporadisch Polizeihubschrauber. Nur die schwarzen Zivilfahrzeuge des Secret Service - in ihrer Mitte die Limousinen hochrangiger WTO-Delegierter - rasten in atemberaubendem Tempo über die hügeligen Strassen von Downtown Seattle. Trotz der formalen Ausgangssperre, die nicht für die Teilnehmer an der WTO gilt, liess die Polizei im Laufe des Tages zwei Protestzüge zu, an denen sich jeweils rund zweitausend Menschen beteiligten. Der eine richtete sich gegen die Polizeiübergriffe und die Ausgangssperre. Der andere begann am Nachmittag und löste sich erst kurz vor Mitternacht vor dem Gefängnis King County Jail auf, wo WTO-Gegner die Freilassung der Inhaftierten forderten. Die Polizei hatte offenbar wegen der kritischen Pressestimmen aus dem Ausland ihre Strategie geändert und setzte auf Deeskalation. Ausserdem hatten einige ausländische WTO-Delegierte das martialische Auftreten von Polizei und Nationalgarde und deren Verhalten kritisiert. Denn so mancher Delegierte war tags zuvor selbst Opfer der Tränengasschwaden geworden oder von FBI und Secret Service aus "Sicherheitsgründen" am Verlassen des Hotels gehindert worden.

Nach Angaben der örtlichen Presse ist während der Tränengaseinsätze am Dienstag und am Mittwoch im Geschäftszentrum der Stadt ein Sachschaden von rund 2 Millionen Dollar entstanden. Tatsächlich waren bei Grosskonzernen wie McDonalds, Starbucks, Planet Hollywood, bei einem





Gross-
kaufhaus
und bei
mehreren
Banken
die
Scheiben
zu Bruch
gegan-
gen.
Doch
führende
Vertreter
von
NGOs
wandten
sich
scharf
gegen die

vor allem in den örtlichen Medien einsetzende Stimmungsmache gegen "Krawallmacher". Der französische Bauer José Bové, der wegen der Zerstörung einer MacDonalds-Filiale in Frankreich bekannt geworden war, sagte gegenüber jW: "Wenn die Polizei in Paris soviel Tränengas einsetzen würde wie die Polizei von Seattle, dann würden sämtliche Autos in der Stadt brennen. Und zwar zurecht". Die indische Aktivistin Vandana Shiva dankte "unseren jungen Brüdern und Schwestern" ausdrücklich für den "mutigen zivilen Ungehorsam". Weder der Gewerkschaftsdachverband noch die grünen Lobbyverbände sahen sich zu Distanzierungserklärungen veranlasst. Einzig der konservative "Sierra Club" veröffentlichte ein entsprechendes Flugblatt.

Sowohl der regionale Fernsehsender "Northwest" und die Tageszeitung "Seattle Times" als auch die Polizei machten Anarchisten aus Eugene in Oregon für den Sachschaden verantwortlich. Vor allem über die Polizeiautos mit den platten Reifen, gesprühte Anarcho-A's und die vorsorglich mitgebrachten Gasmasken ärgerte sich das law-and-order-Kartell.

Max Böhnelt, Seattle 3.12.1999

Das dritte Ministertreffen der Welthandelsorganisation (WTO) ist am Freitag Abend kläglich gescheitert. Bis in die Nacht hatten Vertreter von 135 Ländern unter Ausschluss der Öffentlichkeit versucht, einen Fahrplan für die weitere Liberalisierung des Welthandels im Rahmen der Welthandelsorganisation festzuklopfen. Vergebliche vier Tage lang. Im Laufe des Nachmittags waren innerhalb des schwer bewachten Kongresszentrums mehrere NGO-Vertreter festgenommen worden, die Transparente gegen die WTO entspannen wollten. Von der vor einer Woche noch grossspurig angekündigten "Millenniumsrunde" war von offizieller Seite nichts mehr zu hören. Nicht einmal eine gemeinsame Schlusserklärung brachten die Wirtschaftsminister in Seattle zustande. "Ein hässliches Ende für eine hässliche Woche", hiess es in der Zeitung "Seattle Post Intelligencer".

"Victory" sprühten dagegen die Betreiber eines linken Buchladens am Hafenmarkt an die Wand, "Gratulation an alle", hiess es auf einem Aushang am örtlichen "Fair Trade"-Laden. Damit war die Stimmung Zehntausender trefflich ausgedrückt, die seit Dienstag trotz des massiven Einsatzes von Polizei und "National Guard" gegen die WTO protestiert hatten. "Die angeblich so unaufhaltsame Wucht der Globalisierung ist auf ein unverrückbares Hindernis namens Demokratie von unten gestossen", sagte Lori Wallach vom grünen Verband "Global Trade Watch". Und David Smith von der AFL-CIO freute sich, die WTO-Offiziellen würden "diese Tage so schnell nicht vergessen." Seattle sei ein "Wendepunkt in der Debatte".

Die Offiziellen dagegen spielten die Rolle der Proteste beim Scheitern der Verhandlungen herunter. Ein WTO-Sprecher machte die Uneinigkeit der 135 Ländervertreter dafür verantwortlich. Die allzu komplexen Themen seien innerhalb einer Woche nicht zu behandeln gewesen, führte er zur Begründung an, ausserdem hätten sich Entwicklungsländer "wutentbrannt" über ihre Ausgrenzung aus den Verhandlungen gezeigt. Die USA hatten beispielsweise 85 Verhandlungsbeauftragte nach Seattle entsandt und die Europäer 76, aber Kongo oder Belize jeweils nur fünf. Einige arme Länder konnten sich keinen einzigen entsandten leisten. Tatsächlich hatten Vertreter aus Afrika, Lateinamerika und Asien bereits am Donnerstag an einem Entwurf gearbeitet, in dem sie mit dem Boykott einer neuen Verhandlungsrunde drohten. Eine Wirtschaftswissenschaftlerin von den Philippinen sagte abends im Fernsehen, Entwicklungsländer hätten sich dazu durch die Anti-WTO-Proteste ermuntern lassen.

Der deutsche Wirtschaftsminister Werner Müller (parteilos) deutete dagegen anklagend auf die USA, die "ihre Interessen hart verteidigt und keine Zugeständnisse gemacht" hätten. Noch vor wenigen Tagen hatte er aber dasselbe Recht für Deutschland beansprucht. Er trete für die Erweiterung der WTO-Tagesordnung um solche Themen ein, "bei denen der deutsche Wirtschaftsraum stark ist", war Müller zitiert worden. Die USA hatten auf einem wesentlich engeren Spektrum zu liberalisierender Elemente der Weltwirtschaft bestanden. Bei "Schlüsselthemen", berichtete die "New York Times", hätten die USA in Seattle "isoliert" dagestanden.

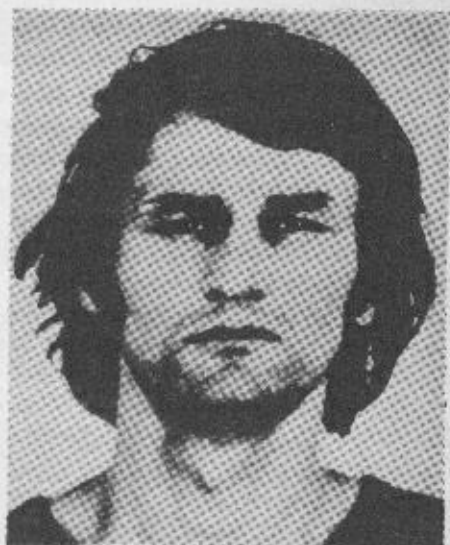
Unterdessen marschierten am Freitag Nachmittag (Ortszeit) ein letztes Mal Tausende von Gewerkschaftern und Umweltschützern in einem von der Stadt zugestandenen Demonstrationenzug direkt vor die Ketten von Polizei und "National Guard", um gegen den Ausnahmezustand zu protestieren, den der Bürgermeister angeordnet hatte. Vor dem Untersuchungsgefängnis forderten ausserdem mehrere Hundert Aktivisten und Anwälte des linken "Direct Action Network" stundenlang die Freilassung der über 500 Festgenommenen, die auch Samstagnacht noch eingesperrt waren. WTO-Delegierte und NGO-Vertreter hatten zu diesem Zeitpunkt die Stadt längst verlassen.

Max Böhnelt, Seattle 5.12.1999

Freilassung der letzten RAF-Häftlinge gefordert

Der 9. November ist der 25. Todestag von Holger Meins. Das soll nicht vergessen werden, auch wenn dieser Tag an noch so viele andere Ereignisse erinnert. Holger Meins starb an den Folgen eines Hungerstreiks, mit dem die RAF-Gefangenen die Isolationshaft bekämpfen wollten. Vieles deutet darauf hin, daß es sich hier um einen »staatlich kalkulierten Tod« handelte. Der damalige Anwalt von Holger Meins, Otto Schily, nannte die Isolationshaft »legale Folter« und »Verwesung bei lebendigem Leib«.

Dies geschah zu einer Zeit, in der nicht nur Studenten glaubten, für die westlichen Gesellschaften gäbe es nur



Holger Meins

verschreiben und für die revolutionäre Aufhebung der bürgerlichen Gesellschaft zu kämpfen. Wenn Heiner Müller nicht nur ironisch sagte »Der Molotowcocktail ist das letzte bürgerliche Bildungserlebnis«, konnte er mit mehr als nur klammheimlicher Zustimmung rechnen.

Heute ist das Geschichte und ohne politische Relevanz. Die fortschreitende Globalisierung, das Ende des Ostblocks, der neue Rechtsradikalismus und nicht zuletzt die Erfahrungen der militanten Bewegungen selbst haben die damaligen Überzeugungen und Strategien relativiert. Die RAF ist spätestens nach ihrer Selbstauflösung kein Thema mehr. Und so kommt es, daß auch die Häftlinge der RAF, die z. T. seit über 20 Jahren im Knast sitzen, aus dem öffentlichen Bewußtsein verschwunden sind. Man hat sie einfach vergessen. Die ehemaligen Mitstreiter und Anwälte, die jetzt zu den politischen Entscheidungsträgern des Staates gehören, schweigen zu diesem Thema, vielleicht, weil sie nicht an ihre eigene Vergangenheit erinnert werden wollen. Das führt dazu, daß Entlassungsverfahren, die in Deutschland jedem langzeithaftierten Kriminellen zustehen und die auch lebenslänglich Verurteilten nach zwölf oder 15 Jahren die Freiheit wiedergeben, für diese Häftlinge nicht angewandt werden. Diese offensichtliche Strafverschärfung für Verbrechen mit einer moralisch-politischen Motivation entspricht zwar der marktwirtschaftlichen Denkweise, die nur den privaten Egoismus gelten läßt, ist aber durch kein Gesetz begründet und widerspricht dem Gleichheitsgrundsatz.

Die Unterzeichner fordern die Freilassung der noch einsitzenden Häftlinge der RAF, von denen viele seit Jahren schwerkrank sind. Es ist dies ein Gebot des Resthumanismus, ohne den auch diese Gesellschaft nicht existieren kann. Eigentlich ist die Forderung 25 Jahre nach dem Tod von Holger Meins und in einer völlig veränderten Situation nicht mehr als eine Selbstverständlichkeit.

Diesen am Montag veröffentlichten Aufruf unterzeichneten zahlreiche leitende Theaterleute der Bundesrepublik, darunter die Intendanten Anna Badora, Frank Baumbauer, Frank Castorf, Roberto Ciulli, Volkmar Clauß, Leander Haußmann, Nele Hertling, Knut Hirsch, Max K. Hoffmann, Ulrich Khuon, Thomas Langhoff, Paula Bettina Mader, Christoph Nix, Friedrich Schirmer, Manuel Schöbel, Udo Schoen, Christoph Schroth, Klaus Stephan, Reinhold Stövesand, Knut Weber, Bernd Wilms, Udo Zimmermann.

aus der Jungen Welt vom 13.11.1999

die Alternative Sozialismus oder Barbarei, und ein neuer Faschismus in Deutschland sei nur durch revolutionären Kampf zu verhindern. Zu den damaligen Revolutionären gehörten neben Mitgliedern der RAF auch viele Menschen, die heute staatstragenden Professionen nachgehen, u. a. der heutige Außenminister, der heutige Innenminister und ein bißchen auch der heutige Bundeskanzler. Deren Einschätzung des »kapitalistischen Unterdrückungszusammenhangs« unterschied sich damals kaum von den Überzeugungen der RAF. Es war ein schmaler Grat, der die militanten Revolutionäre von anderen Linksradikalen trennte. Damals schien es eine notwendige Folge humanistischen Denkens, sich dem wissenschaftlichen Sozialismus zu

Töten auf Probe?

Rot-grüner Kriegswaffenexport in die Türkei

Die rot-grüne Regierung hatte im außenpolitischen Teil des Koalitionsvertrages versprochen, "Menschenrechtsklauseln" in die Waffenexportrichtlinien einzuführen und das Geschäft mit dem Tod wesentlich restriktiver als unter Kohl zu handhaben. Aber was rot-grüne "Friedens"politik ist, konnte mensch ja schon im Kosovo-Krieg erleben. Deshalb ist es kaum verwunderlich, dass der Bundessicherheitsrat jetzt eine Exportgenehmigung für einen Leopard 2 A5 an die Türkei erteilt hat. Der Kampfpanzer wird der Türkei zu Testzwecken überlassen; sie will im Jahr 2001 insgesamt 1.000 Kampfpanzer anschaffen will.

Der Kampfpanzer wird in ein Land geliefert, in dem seit Jahren ein Krieg tobt, der bisher schon massgeblich mit aus Deutschland gelieferten Waffen geführt wird. Seit 1984 im Krieg gegen die kurdische Zivilbevölkerung und die PKK 3.428 Dörfer zerstört und mehr als 2,5 Millionen Menschen vertrieben. In der Türkei ist die Gründung von kurdischen Verlagen, Organisationen, Institutionen, Parteien, Gewerkschaften, Instituten, Schulen und Hochschulen verboten. Allein zwischen 1992 und 1996 wurden 24 Journalisten ermordet und 522 Redakteure und Schriftsteller angeklagt. Zur Zeit gibt es 8.881 politische Gefangene. Die türkische Verfassung sieht das Verbot der kurdischen Sprache und von kurdischen Presseorganen vor.

Menschenrechtsverletzungen verhindern laut Bundesregierung seit vielen Jahren die Aufnahme der Türkei in die EU; kein ein Hindernis allerdings für die Bundesregierung, allein zwischen 1964 und 1995 im Rahmen

der Nato-Verteidigungs-hilfe der Türkei Rüstungsgüter in Höhe von 6,5 Mrd. DM zu liefern: Kampfpanzer, Kampfflugzeuge, Raketen, U-Boote, Fregatten, Maschinenpistolen, Panzerfauste und vieles mehr. Im Zusammenhang mit dem Panzer-Geschäft wurde noch öffentlich, dass der Export von sechs Minensuchbooten sowie des deutsch-französischen Kampfhubschraubers Marke "Tiger" geplant ist, die ein Mitarbeiter von MBB als "bestens geeignet für die Partisanenbekämpfung" beschreibt. Ausserdem unterstützt die Bundeswehr die Türkei beim Aufbau eines Chemie-Waffenlabors.

Dass deutsche Waffen vielfach bei jenen Menschenrechtsverletzungen eingesetzt wurden, ist mehrfach dokumentiert. Die heuchlerische Doppelmoral dieser Bundesregierung beim Thema Menschenrechte wird am Beispiel Türkei besonders deutlich. Dem NATO-Südflanken-staat Türkei werden Menschenrechtsverletzungen verziehen, während man mit Begründungen, die auf die Türkei ebenfalls passen würden, einen Krieg gegen Jugoslawien führte.

Die türkische Armee gebärdet sich auch nach aussen als aggressiver "Nachbar": Immer wieder intervenierte sie im benachbarten Nord-irak; völkerrechtswidrig hält die Türkei 36 Prozent des zyprischen Nachbarstaates mit 30.000 Mann besetzt. Aus dem okkupierten Nordteil wurden 1972 80 Prozent der Bevölkerung vertrieben.

Militärisch ergibt die geplante Panzerlieferung nach aussen vor allem Sinn gegenüber Syrien, dem die



Der Kurde Mesut Dündar wird mit einem aus der BRD gelieferten Panzer BTR-60 zu Tode geschleift. Kommentar der Bundesanwaltschaft in ihrem Einstellungsbescheid: Mesut Dündar sei über den Boden geschleift worden, „um einen vermuteten Sprengkörper zur Detonation zu bringen“.

türkische Regierung erst im Herbst 1998 mit einer Militäraktion gedroht hatte. Geostrategisch wird die NATO—Südostflanke hinsichtlich der ökonomisch interessanten Kaukasusregion aufgerüstet. Im Kampf um Erdöl- und Erdgasgebiete sowie weitere wichtige Rohstoffgebiete und den Markt mit rund 300 Millionen Menschen will Russland seinen alten Einfluss wieder herstellen. Dabei werden wie in Tschetschenien oder auch in Georgien massive militärische Mittel eingesetzt. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion versucht sich die Türkei als Partner der Staaten des Kaukasus und Zentralasiens zu etablieren. In bisher allen Auseinandersetzungen in diesem Raum, sei es wegen Sezessionsbestrebungen, ethnischer oder religiöser Konflikte, immer hat sich die Türkei auf der Seite der russischen Gegner eingemischt. Eine ganze Reihe von Geschäften wurde abgeschlossen. Was fehlt, ist bisher der Zugriff auf die Öl- und Gastransporte, der Pipelinebau durch die Türkei.

In dem 1997 in der Schriftenreihe des Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V.

erschienenen Band "Die Lage im östlichen Mittelmeerraum als Aspekt deutscher Sicherheitspolitik" (Baden-Baden 1997) wird das geostrategische Interesse der NATO so beschrieben: "Die Türkei wurde vom ‚Flankenstaat‘ zum ‚Frontstaat‘, der an aktuelle Krisenherde wie den Kaukasus und den Nahen Osten unmittelbar angrenzt." Die Panzer, die auch gegen die kurdische Bevölkerung einsetzbar sind, werden benötigt und geliefert, damit der Frontstaat den erwarteten militärischen Beitrag leisten kann, um die Weltordnungsvorstellungen der Nato und ihrer Hauptmächte, nicht zuletzt der BRD durchzusetzen. Niemand täusche sich über die Ziele der Schröder/Fischer-Regierung; es gibt für sie Gründe, die Türkei militärisch auf allen Ebenen zu unterstützen. drah

Web-Infos:

- <http://www.kurdistan-rundbrief.de/1999a/kr992203.htm>
- http://www.nadir.org/nadir/periodika/jungle_world/_99/11/05c.htm

Termine

Gegen die Idiotie des Landlebens

Noch bis zum 30.01.2000

im Braunschweiger Kunstmuseum
Brasilianische Fotografie (1946-98)
Öffnungszeiten Mi-So: 11-18 Uhr
Di: 11-20 Uhr Eintritt: 8 bzw 12 Mark

Donnerstag, 16.12.

ab 21 Uhr in der Sturmglocke in Hannover
Konzert mit "Scattergun" und "Piece of mind"

Donnerstag, 16.12.

Woher kommt der Weihnachtsbaum?
Quiz für Kinder rund um Weihnachten.
Um 15 Uhr in der Bibliothek.
Am Lauensteinplatz

Donnerstag, 16.12.

Konzert im aller Kunst und Tapas mit
"Fox gone funky" ab 20 Uhr

Freitag, 17.12.

Das Kino achteinhalb in der CD-Kaserne zeigt ab 20.30 Uhr den Film:
"Night on Earth"

Samstag, 18.12.

ab 21 Uhr im VIP-Club Hehlentorstr.
16 in Celle "Free Style Blues Band",
Blues aus Uetze

Samstag, 18.12.

in der CD-Kaserne Kalinka Party

Sonntag, 19.12.

im aller Kunst und Tapas ab 20 Uhr
"Pfeffer und Feuer". Kabaret mit
Manfred Hausin und Matthias
Wesslowski

Sonntag, 19.12.

ab 21 Uhr im UJZ Korn in Hannover
Konzert mit "NRA feat. Pintrec"

Sonntag, 19.12.

ab 11 Uhr im VIP-Club Hehlentorstr.
16 in Celle Frühschoppensession zum
mitmachen, Eintritt 5 Mark

Mittwoch, 22.12.

ab 21 Uhr Konzert im Bunten Haus
mit Super Hi-5 (USA) & Why Things
Burn (Dortmund). Eintritt: 7 Mark



super hi-5

Termine

Gegen die Idiotie des Landlebens

Samstag, 25.12.

ab 22 Uhr Weihnachtskino im Cafe des Bunten Hauses mit dem Film "Pie" von Darren Aronofsky

Samstag 25.12.

ab 21 Uhr im VIP-Club, Hehlentorstr. 16 in Celle "Back in Time" präsentieren Oldies der 60er und 70er

Samstag, 25.12.

in der CD Kaserne X-Mas Jam, Konzert und Party

Samstag und Sonntag, 25. & 26. 12.

ab 20 Uhr im aller Kunst und Tapas "Dansk Dynamite mit Dagny Dinesen" - Clownerie der Meisterklasse

Sonntag, 26.12.

ab 20 Uhr findet im Bunten Haus die 3. Brasilianische Nacht mit den Bands Jamboree & Samba da minha aba statt. Eintritt: 10 Mark



Montag, 27.12.

ab 21 Uhr Sofasurfer-Party mit DJ Stereopaul im Bunten Haus.

Freitag, 31.12.

Die Revista-Silvester-Party mit stadtbekanntem PlattentellerbedienerInnen und anderen Großartigkeiten jenseits des Millenniumtaumels. Ab 21Uhr im Cafe des Bunten Hauses.

Freitag, 31.12.

Milleniumparty mit "it's me and Band" im Vip-Club in der Hehlentorstr. 16.

Ständige Termine:

Frauenfrühstück

Immer Freitags von 09-12 Uhr im VSE-Mädchen und Frauen, Siemensplatz 1 in Celle

Treffen der Schwine

(Schwule in Celle) Montags ab 20 Uhr in den Räumen der AIDS-Hilfe, Großer Plan 12 in Celle (Tel. & Fax: 05141/ 28577) Email: rwlem@t-online.de

Bürozeiten der PDS

(Kreisverband Celle) Dienstag und Donnerstag: 18.00 Uhr Bergstr. 50, 29221 Celle

Tel: 05141/550 420

Fax: 05141/550 421

mail@pdscelle.de

Homepage: www.pdscelle.de

Weltladen

(An der Stadtkirche 10)

Öffnungszeiten:

Di+Mi: 10-17 Uhr

Do: 15-17 Uhr

Fr: 9.30-12.30, 15-17Uhr

Sa: 10-12 Uhr

Schwulenstammtisch

Samstags ab 20 Uhr im "VIP- Club" Hehlentorstraße 16 in Celle.

Arbeitskreis eine Welt

jeden Mittwoch um 20 Uhr im Weltladen (An der Stadtkirche 10)

Ständige Termine im Bunten Haus

(CD-Kaserne hinten links "Halle 12" Hannoversche Str 30 f, Tel 907927)

Fahrradwerkstatt	je. Dienstag 16-19 Uhr
INTI(Anti-AKW)	je. Dienstag 19 Uhr
Archiv	je. Donnerstag 17-19 Uhr
KDV-Beratung	je. Donnerstag 17-19 Uhr
Plenum	je. Donnerstag 19 Uhr
Volkküche	je. Sonntag 18 Uhr

Anzeige:



Schmuck der unter die Haut geht!

Body-Piercing

STADTLADEN

Piercingsschmuck inkl. Anbringung
Krawatten- und Headshopartikel,
Henna-Art und Science Fiction.

... immer eine persönliche Note.

Tel 0172-512 5142

Am Heiligen Kreuz 15, 29221 Celle City, 05141-217 417